

## Arbeitsagentur Dickes Polster

Der florierende Arbeitsmarkt füllt die Kassen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Bei einem gleichbleibenden Beitragssatz von drei Prozent für die Arbeitslosenversicherung könnten die Rücklagen der BA bis 2022 voraussichtlich auf 43,3 Milliarden Euro ansteigen. Zu diesem Ergebnis kommt die mittelfristige Finanzeinschätzung der Bundesagentur auf der Basis der aktuellen ökonomischen Eckwerte der Bundesregierung. Bereits für das kommende Jahr rechnet die BA damit, dass die Einnahmen aus der Arbeitslosenversicherung rund 2,7 Milliarden Euro höher sein werden als die Ausgaben. Dadurch werden ihre Rücklagen von 16,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 18,9 Milliarden Euro im Jahr 2018 steigen. 2019 erwartet die Bundesagentur eine Rücklage von 24,3 Milliarden Euro. Das Polster gibt Union, FDP und Grünen in den Verhandlungen zu einer Jamaikakoaalition Spielraum, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu senken. In den Sondierungsgesprächen haben alle drei Parteien bekräftigt, die Sozialbeiträge bei 40 Prozent halten zu wollen. Gemeinhin gilt eine BA-Rücklage von 20 Milliarden Euro als ausreichend, um auch die Folgen größerer Wirtschaftseinbrüche abzufedern. mad



Herstellung eines Krebsmittels

## Pharma Preisanstieg für Krebsmittel

Die Pharmaindustrie hat in den vergangenen Jahren auf ihrem wichtigsten Markt die Preise für die meisten Chemotherapeutika erhöht. Im Verlauf von acht Jahren wurden 24 gängige Krebsmittel – etwa von den Herstellern Pfizer oder Bristol-Myers Squibb – in den USA im Mittel um 25 Prozent teurer. Zieht man die Inflationsrate ab, liegt die Preissteigerung durchschnittlich bei 18 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt ein Forscherteam aus Israel um den Onkologen Daniel Goldstein vom Rabin Medical Center. Ein Wirkstoff wurde innerhalb der Beobachtungszeit inflationsbereinigt um 57 Prozent teurer. Weder neu hinzukommende Wettbewerber noch neue Zulassungen änderten etwas an der Teuerung. mum

## Hybridautos Beschwerden über Dienstwagen

Spitzenbeamte in den Bundesministerien sind zunehmend frustriert über ihre neuen Dienstwagen mit Hybridantrieb. Ihre Fahrer klagen darüber, dass die Autos nur kurze Strecken elektrisch zurücklegen. Bei längeren Fahrten, wenn der Verbrennungsmotor anspringt, seien die Verbräuche exorbitant hoch, zumal die Wagen wegen der Elektromotoren schwerer sind. Wegen kleinerer Tanks müssten die Chauffeure ständig nachtanken, heißt es. Zwei Staatssekretären aus Bundesfinanz- und Verkehrsministerium reicht es nun: Sie haben sich beim Hersteller BMW über ihren Dienstwagen vom Modell 740e iPerformance beschwert. Hybridwagen sind derzeit sehr beliebt in der Berliner Politik, weil sie als klima-

schonend gelten. Die Ministerien sehen gut aus, wenn Ökoverbände sie nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Autoflotte fragen. Doch die Werte existieren offenbar nur auf dem Papier. Die Irritation in der Bundesregierung ist groß, weil man die Plug-in-Hybride mit in die Elektromobilitätsförderung aufgenommen hatte, was den Kunden einen Umweltbonus von 3000 Euro sichert. Der Zuschuss scheint mit Blick auf den wahren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht wirklich gerechtfertigt zu sein. BMW bestätigt die „Rückmeldungen aus dem Fuhrpark“ der Ministerien, verweist darauf, dass die Diskrepanz zwischen angegebenem und realem Verbrauch „nicht nur von BMW-Kunden beobachtet wird“. Das stundenlange Warten auf die Ministerialen mit Standheizung würde die „verfügbare Reichweite für das elektrische Fahren reduzieren“. gt



BMW-Hybridlimousinen am Münchner Flughafen

## Geldfrage Was tun, wenn meine Lebensversicherung verkauft wird?

Inhaber von Lebensversicherungen brauchen derzeit starke Nerven. Immer mehr Versicherte denken darüber nach, ihre Lebensversicherungsbestände an Finanzinvestoren und spezialisierte Abwicklungsgesellschaften abzutreten: die Axa etwa, die Generali oder die Ergo-Versicherung. Allein bei der Ergo wären rund sechs Millionen Policen betroffen. Das schreckt viele Kunden, wer wird schon gern abgewickelt? Aber wie dramatisch ist ein solcher Verkauf wirklich? Einige kleinere Unternehmen haben ihre Bestände bereits abgetreten – an Gesellschaften, hinter denen zum Teil Private-Equity-Firmen und Finanzinvestoren stecken. Man sollte nicht allzu viel Menschenfreundlichkeit im Umgang mit den Kunden erwarten, es müssen ja keine neuen mehr geworben werden. Zu hoffen ist allerdings, dass die entsprechenden



Firmen zumindest vorerst kein Interesse daran haben, die Öffentlichkeit zu verschrecken. Schließlich wollen sie weitere Bestände kaufen. Prognosen der Ratingagentur Fitch zufolge dürfte bis 2022 ein Fünftel aller Lebensversicherungen in die Abwicklung gegangen sein. Es gibt also noch einiges zu erwerben, doch die Finanzaufsicht muss jeden Deal absegnen. Dazu haben die Abwicklungsgesellschaften Kostenvorteile, schon weil sie keinen Außendienst bezahlen. Das kommt auch den Kunden zugute. Nicht zuletzt haben viele Altverträge einen Garantiezins von bis zu vier Prozent. So viel Rendite bringt derzeit keine andere sichere Geldanlage. Man sollte sich also erst einmal ansehen, wie der neue Hausherr sich benimmt, bevor man überstürzt seinen Vertrag kündigt. Das lohnt sich bei Lebensversicherungen fast nie. ase